

Stand: 31.03.2010 10:18:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/3257

"GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf Dauer sichern"

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf Dauer sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor einem etwaigen Verkauf der GBW-Wohnungen an Dritte dem Landtag zu berichten,

- wie die Staatsregierung die Belange der Mieterinnen und Mieter wahren will,
- wie der Wohnbestand als wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert und nachhaltig bewirtschaftet werden soll und wie der Bestand der GBW-Wohnungen auf Dauer als preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden soll.

Begründung:

Der Freistaat muss dafür Sorge tragen, dass der Wohnungsbestand der GBW weiterhin sozialorientiert und nachhaltig bewirtschaftet wird. Die Bemühungen des Freistaats im Bereich des sozialen Wohnungsbaus müssen insbesondere in den Ballungsräumen intensiviert werden, um einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sich mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. In dieser Situation hat die Sicherung des preiswerten Wohnraums der GBW besondere Bedeutung. Die finanziellen Probleme der Landesbank dürfen nicht auf die etwa 100.000 Mieterinnen und Mieter der 34.000 Wohnungen abgewälzt werden. Es darf nicht passieren, dass am Ende die Mieter des Freistaats die Zeche zahlen für die Misswirtschaft der Landesbank. Zehntausende Mieterinnen und Mieter sind derzeit in großer Sorge um ihre Mietverträge und ihre Wohnungen.

Trotzdem hat die Staatsregierung alle Anträge der Opposition zur Sicherung der Belange der Mieterinnen und Mieter abgelehnt, teilweise mit der Begründung, dass ein Verkauf jetzt noch nicht bevorstehe. Da aber Landtagsanträge nur schwerlich passend zum Verkaufstermin der GBW-Wohnungen gestellt werden können, halten wir die Sicherstellung eines Berichts der Staatsregierung im Landtag vor einem etwaigen Verkauf für unabdingbar.

digen federführenden Ausschuss überweisen. Das betrifft einmal den Antrag Drucksache 16/3252, ebenso den einbezogenen Antrag Drucksache 16/3271.

Des Weiteren verweise ich die restlichen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/3253 bis 16/3259 und die Anträge Drucksachen 16/3270, 3272, 3273 und 3275, ebenso die Anträge auf den Drucksachen 16/3277 und 3278 ebenfalls an die dafür zuständigen und vorgesehenen federführenden Ausschüsse.

Ich schließe hiermit die Sitzung. Sie sind befreit.

(Schluss: 19.12 Uhr)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf Dauer sichern
(Drs. 16/3257)**

- Federführung -

Vorsitz: Georg Winter (CSU)
Berichterstattung: Eike Hallitzky (GRÜNE)
Mitberichterstattung: Erika Görlitz (CSU)

Abg. Eike Hallitzky (GRÜNE) erläutert, mit rund 34.000 Wohnungen - davon ein Drittel in Sozialbindung - verfüge die GBW in Bayern mit Abstand über die meisten Wohnungen. Die Sozialbindung verpflichte zur Absicherung des sozialen Auftrags, auch wenn ein Verkauf erfolgen sollte.

Frühere Anträge der Opposition zur Sicherung der Belange der Mieter seien abgelehnt oder für erledigt erklärt worden, weil ein Verkauf angeblich noch nicht bevorstehe. Nachdem aber Ministerpräsident Seehofer erklärt habe, man wolle sich mittelfristig von den Wohnungen trennen, und Oberbürgermeister Ude von "Gefahr im Verzug" gesprochen habe, gingen die GRÜNEN davon aus, dass bis 2013 auf jeden Fall Verkaufsgespräche stattfänden. Aus diesem Grund wollten die GRÜNEN einen Bericht darüber erhalten, wie die Staatsregierung die Belange der Mieterinnen und Mieter wahren wolle und wie der Wohnungsbestand als wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert und nachhaltig bewirtschaftet werden solle. Die Abgeordneten würden um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag gebeten.

Abg. Erika Görlitz (CSU) kündigt an, die CSU werde dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen, da die Belange der Mieterinnen und Mieter auch der CSU ein wichtiges Anliegen seien.

Abg. Volkmar Halbleib (SPD) zeigt sich erfreut darüber, dass die CSU nunmehr einem Antrag der Opposition betreffend die GBW zustimmen wolle.

Abg. Karsten Klein (FDP) möchte dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ebenfalls zustimmen, weil ein Bericht zur Versachlichung der Diskussion beitragen könne.

Abg. Manfred Pointner (FW) signalisiert gleichfalls Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN.

Beschluss:

Zustimmung

(einstimmig)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/3257

**GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf
Dauer sichern**

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Berichterstatter: **Eike Hallitzky**
Mitberichterstatterin: **Erika Görlitz**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 62. Sitzung am 2. Februar 2010 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 31. Sitzung am 4. März 2010 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/3257, 16/4084

GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf Dauer sichern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor einem etwaigen Verkauf der GBW-Wohnungen an Dritte dem Landtag zu berichten,

- wie die Staatsregierung die Belange der Mieterinnen und Mieter wahren will,
- wie der Wohnbestand als wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert und nachhaltig bewirtschaftet werden soll und wie der Bestand der GBW-Wohnungen auf Dauer als preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden soll.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident